

# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
<b>Vorbemerkungen</b> .....	1
<b>1. Teil: Heranführung an den Untersuchungsgegenstand</b> .....	5
I. Das Auftreten neuer („Rechtsschutz“-?)-Akteure.....	5
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes: Was macht „rechtsschutzergänzende Einrichtungen“ aus – und was nicht? ..	12
A. Ungeeignete Abgrenzungsmerkmale.....	12
1. Staatsorganeigenschaft.....	12
2. Unabhängigkeit.....	13
B. Zur Eingrenzung taugliche(re) Kriterien.....	15
1. Gesetzliche Verankerung.....	15
2. Institutionalisierung und Dauerhaftigkeit.....	16
3. Fehlen von (außenwirksamer) hoheitlicher Entschei- dungsmacht.....	18
4. Nach außen gerichtete Tätigkeit.....	20
5. „Ergänzende“ Funktion.....	21
C. Zusammenfassung.....	22
III. Die Hintergründe der Entstehung von rechtsschutzergänzenden Einrichtungen.....	22
A. Ein gemeinsamer „roter Faden“.....	22
B. Lücken, Mängel und Strukturprobleme des „herkömmlichen“ Rechtsschutzsystems.....	27
1. Allgemeines.....	27
2. Überblick über konkrete Lücken, Mängel und Struktur- probleme.....	30
a. „Zwangsläufige“ prozessuale Hürden und Grenzen der Wirksamkeit.....	30
b. Potenziell frustrierende höchstgerichtliche Zulassungsschranken.....	32
	IX

c. Lücken im „herkömmlichen“ Rechtsschutzsystem .....	35
d. Unzureichende Erfüllung der (tatsächlichen) Befriedungsfunktion .....	38
e. Probleme des „Zugangs zum Recht“ .....	39
f. Ungleichgewichte, Benachteiligungen und „faktische“ Rechtsschutzprobleme .....	44
g. Emotional-psychologische Problemfaktoren .....	48
3. Zwischenbefund .....	49
IV. Ziel der weiteren Untersuchung .....	50
A. Die zentrale Forschungsfrage .....	50
B. Die wissenschaftliche Relevanz der zentralen Forschungsfrage .....	51
1. Unschärfe des „Ombudsmann-Begriffs“ .....	51
a. Überblick über die Entwicklung der internationalen „Ombudsmann-Idee“ .....	52
b. Die Rezeption der „Ombudsmann-Idee“ in Österreich	54
c. Unschärfen in der Diskussion um den „Ombudsmann“	56
2. Unschärfe des Begriffs vom „Anwalt des öffentlichen Rechts“ .....	56
a. Die Idee vom „Anwalt des öffentlichen Rechts“ .....	56
b. Unschärfen im Hinblick auf das Konzept des „Anwalts des öffentlichen Rechts“ .....	58
3. Unschärfen im Hinblick auf das Verhältnis der Einrichtungen zum „Rechtsschutz“ .....	60
C. Das sich daraus ergebende Erkenntnisinteresse der (weiteren) Untersuchung .....	63
D. Die Grenzen der Erkenntnis des weiteren Forschungsvorhabens .....	65
E. Das Erkenntnisinteresse als Metapher .....	67
<b>2. Teil: Rechtsschutz und Rechtsschutzsystem .....</b>	<b>69</b>
I. „Rechtsschutz“ – was ist das überhaupt? .....	69
A. Annäherung an den Begriff „Rechtsschutz“ .....	69
1. Grundüberlegungen .....	69
a. „Wer“ schützt? .....	72
b. „Welches Recht“ (und mittelbar: „wer“) wird geschützt? .....	73
c. „Wie“ wird geschützt? .....	75
d. „Wovor“ (bzw „vor wem“) wird geschützt? .....	77
2. Das Verständnis von „Rechtsschutz“ in der Literatur .....	77
3. Das Verständnis von „Rechtsschutz“ in der Judikatur .....	80
4. Zwischenergebnis .....	87

B. „Rechtsschutz“ – und darüber hinaus? .....	87
1. Grundüberlegungen.....	87
2. Der Begriff der „Kontrolle“ im allgemeinen Sprachgebrauch .....	88
3. Der „Kontrollbegriff“ im spezifisch rechtswissenschaft- lichen Kontext und sein Verhältnis zum „Rechtsschutz“ ..	89
C. Ergebnis: Notwendigkeit der Bildung eines differenzierten Rechtsschutzbegriffs .....	96
II. „Klassischer Rechtsschutz“ und „klassisches Rechtsschutzsystem“	99
A. Schutz subjektiver Rechte – der „Kern“ des klassischen Rechtsschutzsystems .....	101
1. Das <i>subjektive Recht</i> .....	104
a. Rechtstheoretische Annäherung an den Begriff des subjektiven Rechts.....	104
b. Die verschiedenen rechtstheoretischen Idealtypen subjektiver Rechte .....	105
i. Anspruchsrechte .....	106
ii. Erlaubnisrechte .....	107
iii. Kompetenzrechte.....	107
iv. Subjektionsrechte.....	107
v. Immunitätsrechte.....	108
vi. Statusrechte.....	109
c. Gängige(re) Arten der rechtswissenschaftlichen Unterteilung subjektiver Rechte .....	110
i. Private und öffentliche subjektive Rechte .....	110
ii. Materielle und prozessuale subjektive Rechte.....	110
d. Das rechtsdogmatische Problem der Identifizierung subjektiver Rechte .....	112
e. Die Frage der (Teil-)Rechtsfähigkeit von Staatsorganen	117
2. Die <i>Sicherung</i> subjektiver Rechte.....	123
a. Prozessuale Bewehrung subjektiver Rechte durch „Verurteilung“ .....	125
b. Prozessuale Bewehrung subjektiver Rechte durch „Feststellung“ .....	126
c. Prozessuale Bewehrung subjektiver Rechte durch „Rechtsgestaltung“ .....	127
3. Verfahren(sarten), die primär der Bewehrung subjektiver Rechte dienen .....	131
a. Primär dem Schutz subjektiver Rechte dienende Verfahren(sarten) im öffentlich-rechtlichen Rechts- schutzsystem.....	134

b.	Primär dem Schutz subjektiver Rechte dienende Verfahren(sarten) im zivilrechtlichen Rechtssystem.....	138
c.	Primär dem Schutz subjektiver Rechte dienende Verfahren(sarten) im strafrechtlichen Rechtssystem.....	140
4.	Die Trägerschaft des prozessualen Kompetenzrechts zur Einleitung von prozessförmlichen Verfahren – ein konstitutives Merkmal für subjektiven Rechtsschutz? .....	141
5.	Zwischenfazit und Bedeutung für die weitere Untersuchung.....	145
B.	Der Schutz des objektiven Rechts – die „Peripherie“ des klassischen Rechtsschutzsystems .....	147
1.	Annäherung an den Begriff des „öffentlichen Interesses“ .....	148
a.	Allgemeine Überlegungen zum Begriff „Interesse“ .....	148
b.	Interessen und Recht.....	149
c.	„Öffentliche“ Interessen.....	151
d.	Unterschiedliche Typen von öffentlichen Interessen....	154
2.	Die Bewehrung überindividueller Interessen im klassischen Rechtsschutzsystem.....	158
a.	Prozessuale Kompetenzrechte von Staatsorganen zur Einleitung von generellen Normprüfungsverfahren vor dem VfGH.....	159
b.	Amtsbeschwerde- und -revisionsbefugnisse.....	161
c.	Verbandsklagebefugnisse .....	163
d.	Popularklagebefugnisse.....	168
3.	Zwischenfazit und Bedeutung für die weitere Untersuchung	170
<b>3.</b>	<b>Teil: Die zentralen von rechtsschutzergänzenden Einrichtungen im klassischen Rechtsschutzsystem wahrgenommenen Funktionen.....</b>	<b>173</b>
I.	Die zentralen Funktionen von rechtsschutzergänzenden Einrichtungen im „Kern“ des klassischen Rechtsschutzsystems.....	173
A.	Die Funktion der Einleitung von Rechtsschutzverfahren zugunsten subjektiv berechtigter Dritter .....	174
1.	Patientenanwälte und Bewohnervertreter .....	174
a.	Allgemeines.....	174
b.	Klassischer Rechtsschutz im Unterbringungs- und Heimaufenthaltsrecht.....	175
i.	Überblick.....	175
(a)	Unterbringungsrecht.....	175
(b)	Heimaufenthaltsrecht .....	177

ii.	Patientenanwälte und Bewohnervertreter .....	178
c.	Ergänzung im Kern des klassischen Rechtsschutzsystems durch Patientenanwalt und Bewohnervertreter....	180
2.	Rechtsberater im Fremden- und Asylrecht .....	184
a.	Allgemeines .....	184
b.	Das System der Rechtsberatung und -vertretung nach dem BFA-VG.....	186
i.	Überblick.....	186
ii.	Die Regelung der Rechtsberatung und -vertretung in den einzelnen Verfahren(sabschnitten).....	190
c.	Ergänzung im Kern des klassischen Rechtsschutzsystems durch Rechtsberater in Verfahren vor dem BVwG .....	191
d.	Sonderfall: Rechtsberater als gesetzliche Vertreter unbegleiteter Minderjähriger.....	198
3.	Rechtsschutzbeauftragte.....	201
a.	Allgemeines.....	201
b.	Überblick über die einzelnen Regelungsbereiche.....	203
i.	StPO.....	203
ii.	SPG und PStSG.....	204
iii.	MBG .....	206
iv.	FinStrG .....	207
c.	Die Rechtsschutzantragsrechte der RSB .....	208
d.	Ergänzung im Kern des klassischen Rechtsschutzsystems durch die RSB.....	211
4.	Anwaltschaften im Gleichbehandlungsrecht.....	214
a.	Allgemeines.....	214
b.	Die „Anwaltschaft für Gleichbehandlung“ nach dem GIBG .....	215
i.	Überblick über den Regelungsbereich.....	215
ii.	Die Klagebefugnis der GBA .....	219
c.	Ergänzung im Kern des klassischen Rechtsschutzsystems durch die GBA .....	220
d.	Die „Anwältinnen für Gleichbehandlungsfragen“ nach den Landarbeitsordnungen der Länder .....	227
5.	Die Volksanwaltschaft des Bundes .....	232
a.	Allgemeines zur VA .....	232
b.	Allgemeines zum Instrument des Fristsetzungsantrags	234
c.	Die einzelnen „Fristsetzungsregime“ .....	237
i.	Der Fristsetzungsantrag nach § 91 GOG.....	238
ii.	Der Fristsetzungsantrag nach Art 133 Abs 1 Z 2 B-VG.....	241

d. Ergänzung im Kern des klassischen Rechtsschutzsystems durch die VA.....	245
6. Zwischenfazit .....	250
B. Die Funktion der Führung zwingend vorgeschalteter Schlichtungsverfahren .....	251
1. Gleichbehandlungsrecht der Länder .....	253
a. Niederösterreich.....	254
b. Wien.....	257
c. Nischenbereiche im Gleichbehandlungsrecht der Länder .....	258
i. Landarbeiter .....	259
(a) Oberösterreich.....	260
(b) Salzburg .....	261
ii. (Land- und forstwirtschaftliche) Landeslehrer .....	262
2. Vergaberecht .....	267
a. Überblick zum Regelungsbereich.....	267
b. Zwingend vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren vor der NÖ Schlichtungsstelle für öffentliche Aufträge .....	270
3. Zwischenfazit .....	275
C. Fazit: Rechtsschutzergänzende Einrichtungen im Kern des klassischen österreichischen Rechtsschutzsystems .....	278
II. Die zentralen Funktionen von rechtsschutzergänzenden Einrichtungen in der „Peripherie“ des klassischen Rechtsschutzsystems .....	280
A. Verfahrens(einleitungs)befugnisse von rechtsschutzergänzenden Einrichtungen im öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzsystem.....	281
1. Umweltschutzverfahren .....	281
a. Überblick zum Regelungsbereich „Umweltrecht“ .....	281
b. Die Institution der (Landes-)Umweltschutzverfahren .....	282
c. Überblick über die Verfahrenseinleitungsbefugnisse und Parteistellungen der Umweltschutzverfahren.....	286
i. Befugnisse zur (erstmaligen) Einleitung von Verfahrensverfahren.....	287
(a) Landesebene.....	287
(b) Bundesebene.....	289
(c) Die Möglichkeit der „Umweltbeschwerde“ auf Bundes- und Landesebene.....	290
ii. Parteistellungen.....	292
(a) Landesebene.....	292
(b) Bundesebene.....	295
(c) Parteistellungen im Umweltschutzrecht .....	296

iii.	Beschwerde- und Revisionsbefugnisse .....	296
(a)	Landesebene.....	297
(b)	Bundesebene.....	299
(c)	Beschwerde- und Revisionsbefugnisse im Umwelthaftungsrecht .....	299
d.	Die Rolle der Umweltanwaltschaften in der Peripherie des klassischen Rechtsschutzsystems .....	300
2.	Tierschutzombudsperson.....	309
a.	Überblick zum Regelungsbereich „Tierschutzrecht“ ...	309
b.	Die Institution der Tierschutzombudsperson .....	310
c.	Die Verfahrenseinleitungsbefugnisse und Partei- stellungen der Tierschutzombudsperson .....	312
d.	Die Rolle der Tierschutzombudsperson in der Peripherie des klassischen Rechtsschutzsystems.....	313
3.	Kinder- und Jugendanwaltschaften .....	316
a.	Überblick zum Regelungsbereich „Kinder- und Jugendhilferecht“ .....	316
b.	Die Institution der Kinder- und Jugendanwaltschaft ...	317
c.	Verfahrenseinleitungsbefugnisse und Parteistellungen von Kinder- und Jugendanwaltschaften .....	320
i.	Sbg KiJA.....	321
ii.	NÖ KiJA .....	322
d.	Die Rolle der Kinder- und Jugendanwaltschaften in der Peripherie des klassischen Rechtsschutzsystems .....	322
4.	Zwischenfazit .....	326
B.	Gesetzlich statuierte Klagebefugnisse von rechtsschutz- ergänzenden Einrichtungen im zivilrechtlichen Rechts- schutzsystem.....	326
1.	Klagebefugnisse des Behindertenanwalts .....	326
a.	Regelungsbereich: Diskriminierungsschutz von Menschen mit Behinderung außerhalb der Arbeitswelt	326
b.	Der Behindertenanwalt.....	327
c.	Die Klagebefugnisse des Behindertenanwalts.....	328
d.	Die Rolle des Behindertenanwalts in der Peripherie des klassischen Rechtsschutzsystems .....	330
2.	Klagebefugnis der Patientenvertretungen.....	335
a.	Regelungsbereich: Arzneimittelwerberecht.....	335
b.	Die Patientenvertretungen in den Ländern.....	335
c.	Die Klagebefugnis der Patientenvertretungen.....	341
d.	Die Rolle der Patientenvertretungen in der Peripherie des klassischen Rechtsschutzsystems .....	345

3. Zwischenfazit .....	349
C. Sonstige prozessuale Kompetenzrechte zur Einleitung von Rechtsschutzverfahren im überindividuellen Interesse .....	350
1. Die Verordnungsanfechtungsbefugnis der Volksanwalts- schaft(en).....	350
2. Die prozessualen Befugnisse der Gleichbehandlungsan- waltschaft(en) im Verwaltungsstrafverfahren.....	357
a. Regelungsbereich: Diskriminierende Stellenausschrei- bungen und Wohnrauminserate .....	357
b. Die prozessualen Befugnisse der GBA in Verwaltungs- strafverfahren nach dem GIBG .....	359
c. Die Rolle der GBA in Verwaltungsstrafverfahren nach dem GIBG .....	360
d. Die prozessualen Befugnisse der „Anwältinnen für Gleichbehandlungsfragen“ nach den Landarbeitsord- nungen der Länder im Verwaltungsstrafverfahren.....	367
D. Fazit: Rechtsschutzergänzende Einrichtungen in der Peripherie des klassischen österreichischen Rechtsschutz- systems .....	369
<b>4. Teil: Weitere Funktionen von rechtsschutzergänzenden     Einrichtungen.....</b>	<b>371</b>
I. Die „Beschwerdestellenfunktion“ .....	371
A. Beispiele für die Ausübung der „Beschwerdestellenfunktion“ durch verschiedene rechtsschutzergänzende Einrichtungen... ..	372
1. Die (Landes-)Volksanwaltschaften als Beschwerdestellen..	373
a. Die VA des Bundes.....	373
b. Die Landesvolksanwälte .....	379
2. Die „Parlamentarische Bundesheerkommission“ als Beschwerdestelle .....	381
3. Der „unabhängige Beirat für Zivildienstbeschwerde- angelegenheiten“ als Beschwerdestelle.....	386
4. Die Patientenvertretungen als Beschwerdestellen.....	389
5. Die „Justiz-Ombudsstellen“ als Beschwerdestellen .....	392
B. Zwischenfazit: Einordnung der erörterten Beispiele .....	394
C. „Sonderfälle“ innerhalb der Beschwerdestellenfunktion.....	398
1. Die Gleichbehandlungskommission nach dem GIBG als Beschwerdestelle .....	399
2. Die Ktn Ombudsstelle für Vergabewesen als Beschwerde- stelle.....	402
3. Einordnung der „Sonderfälle“ .....	405

II. Die „Monitoringfunktion“ .....	407
A. Monitoring im engeren Sinn.....	407
1. Die Volksanwaltschaft(en) als „Nationaler Präventions- mechanismus“ .....	407
2. Einordnung des „nationalen Präventionsmechanismus“ ...	413
B. Monitoring im weiteren Sinn .....	414
C. Einordnung der „Monitoringfunktion“ .....	416
III. Die „freiwillige Mediations- und Streitschlichtungsfunktion“ .....	417
A. Beispiele für die Ausübung der „freiwilligen Mediations- und Streitschlichtungsfunktion“ durch rechtsschutzergänzende Einrichtungen .....	418
1. Die Kinder- und Jugendanwaltschaften als „Mediatoren“ ..	418
2. Die Wiener Schlichtungsstelle für Vergabeangelegenheiten	419
3. Die „Schlichtung für Verbrauchergeschäfte“ .....	422
a. Überblick zur „alternativen Streitbeilegung“ nach dem AStG.....	422
b. Alternative Streitbeilegung nach dem AStG anhand des Beispiels der „Schlichtung für Verbrauchergeschäfte“ ..	424
B. Einordnung der „freiwilligen Mediations- und Streitschlich- tungsfunktion“ .....	428
IV. Die „individuelle Beratungs- und Informationsfunktion“ .....	432
A. Überblick.....	432
B. Einordnung der „individuellen Beratungs- und Informa- tionsfunktion“ .....	438
V. Die Funktion der „sonstigen überindividuellen Interessenver- folgung“ bzw die „Reformerfunktion“ .....	441
A. Überblick.....	441
B. Einordnung der Funktion der „sonstigen überindividuellen Interessenverfolgung“ bzw der „Reformerfunktion“ .....	449
VI. Synthese und Fazit zum 4. Teil .....	451
<b>Schlussbetrachtung</b> .....	457
A. Zusammenfassung.....	457
B. Rechtspolitische Bemerkungen .....	470
Literaturverzeichnis .....	475
Verzeichnis abgekürzter Rechtsvorschriften .....	509
Über den Autor .....	535